

# Nachrichten aus dem *netz*



ZUSAMMENFASSUNG DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN ARMUTSNETZWERKS

Nr 108 | SEPT. - OKT. | 2004

Leitartikel

## Bald ein neues EU-Entwicklungsmodell?

**D**er gesetzliche Rahmen für die Reform der Kohäsionspolitik für 2007-2013, die die „Wohlstandskluft“ in einer erweiterten EU verringern soll, birgt nur wenige Überraschungen und ist bei den NRO Anlass für Sorgen und Hoffnungen.

Wenn die Mitgliedstaaten über das neue Paket in Verhandlung treten, wissen sie, dass diese Verhandlungen langwierig und schwer sein werden, besonders, was die budgetären Auswirkungen anbelangt. Die Mittel müssen jedoch mit der Aufgabe übereinstimmen – und die Aufgabe ist beträchtlich.

Bei diesen Verhandlungen muss die Gelegenheit ergriffen werden, auf ein EU-Entwicklungsmodell zu drängen, das sich bemüht, die Eingliederung aller Menschen zum Herzstück seiner Politik zu machen. Ein Modell, das Partnerschaft fördert, den sozialen Zusammenhalt nicht nur im Zusammenhang mit Beschäftigung angeht und das so nah wie möglich an den Maßnahmeempfängern dran ist. Die neuen Vorschläge sind in dieser Hinsicht ermutigend: Die Bedeutung der Fonds bei der Förderung des sozialen Zusammenhalts und der sozialen Eingliederung wurde erneut dargestellt; eine neue Idee von Partnerschaft wurde entwickelt, die in der Theorie zwar hoch willkommen ist, deren Umsetzung jedoch erst noch ausprobiert werden muss; der Aufgabenbereich des Europäischen Sozialfonds wurde über strikte Arbeitsmarktmaßnahmen hinaus erweitert, und der Globalzuschuss-Ansatz wurde geschützt.

Das EAPN ist aber dennoch besorgt, da Wissen durch die EQUAL-Initiative wegfällt, in den neuen Verordnungen einfach nicht mehr vorkommt. Als einer der wesentlichen Zugangspunkte der NRO zu den Strukturfonds und als ein wichtiges Beispiel für eine allgemeine Partnerschaftsentwicklung wird EQUAL eine Lücke hinterlassen, die die Mitgliedstaaten füllen müssen.

Patrizia Brandellero

## SCHWERPUNKT KOHÄSIONSPOLITIK 2007-2013

### INHALT

#### Strukturfonds

- Die Verordnungsentwürfe für 2007-2013 ..... 2
- Die Strukturfonds kurz gefasst ... ..... 2
- Finanzielle Perspektive 2007-2013 .. 3
- Fonds am Scheideweg! ..... 4
- EU-Haushaltsentwurf für 2005 ..... 4
- NRO halten Ende von EQUAL für bedenklich ..... 5
- Jüngste Veröffentlichungen des EAPN und nützliche Links ..... 5
- Interview mit der ständigen Vertretung der Slowakei ..... 6

#### Nachrichten aus Portugal

- Hat das portugiesische Sozialmodell eine Zukunft? ..... 7
- Das Profil von EAPN Portugal ..... 7
- Interview mit Jardim Moreira, Präsident EAPN Portugal ..... 8

## Kurz gefasst ...

Die **Europäischen Strukturfonds** stammen aus den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, wurden aber erst 1988 als Paket organisiert. Damals wurden sie in mehrjährige Zeiträume (den so genannten Planungszeiträumen) eingeteilt bzw. in deren Verlauf verteilt. Die Planungszeiträume waren: 1989-1993, 1994-1999 und 2000-2006.

Aus den Strukturfonds wird der überwiegende Teil der EU-finanzierten Maßnahmen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union gefördert. Obwohl sie aus Brüssel kommen, und zwar aus von der EU beschafften Geldern, wird die Verwendung der meisten Strukturfondsmittel zwischen der Europäischen Kommission und den Regierungen ausgehandelt. Deshalb kommt es nur selten vor, dass man sich „wegen Strukturfonds an Brüssel wendet“. Die Hauptausnahme bilden die Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative, wie etwa EQUAL (Gleichstellung und soziale Eingliederung).

Das EAPN ist der Meinung, dass die Strukturfonds ein wesentliches Instrument bei der Bekämpfung von Armut sein können und müssen und den NRO Möglichkeiten bieten. Bisher waren solche Möglichkeiten beschränkt. Die Strukturfonds haben sich weitestgehend auf die regionale wirtschaftliche Entwicklung und ein reibungsloseres Funktionieren des Arbeitsmarktes konzentriert, wobei sie einem Entwicklungsmodell folgten, das nur sehr wenig dazu beiträgt, den tieferen Ursachen von Ausgrenzung zu begegnen.

# Die Verordnungsentwürfe für 2007-2013

Im Juli 2004 veröffentlichte die Europäische Kommission die Verordnungsentwürfe der neuen Strukturfonds für den Zeitraum 2007-2013. Die einzelnen Entwürfe werden hier der Reihe nach vorgestellt, gefolgt von einigen Kommentaren des EAPN.

**D**ie Verordnungen werden regeln, wie die strukturelle Unterstützung im Siebenjahreszeitraum 2007-2013 geleistet wird. Es gibt eine allgemeine längere Verordnung, auf die kurze und spezielle Verordnungen folgen.

## Fünf neue Verordnungen

**1. Die allgemeine Verordnung:** Die Hauptverordnung ist recht lang und folgt der Tendenz, die wesentlichen Aspekte in einem Instrument zu konzentrieren, flankiert von kleineren Instrumenten, die auf die Besonderheiten der einzelnen Fonds ausgerichtet sind.

Die künftige Programmgeneration wird unter drei Überschriften eingeteilt:

**Konvergenz** (Ziel 1 – 78,54 % der Mittel): Dieses Ziel betrifft vor allem die weniger entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts beträgt. Die Kommission schlägt außerdem vor, dass sich vorübergehende Hilfeleistungen unter diesem Schwerpunkt auf jene Regionen richten sollen, deren Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weniger als 75 % des Gemeinschaftsdurchschnitts der Union der 15 Mitgliedstaaten betragen würde.

**Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung** (Ziel 2 – 17,22 %): Was die Kohäsionspolitik außerhalb der am wenigsten entwickelten Mitgliedstaaten und Regionen anbelangt, schlägt die Kommission einen zweifachen Ansatz vor: Erstens wird die Kohäsionspolitik durch regionale Programme, die aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE) finanziert werden, den Regionen helfen, wirtschaftlichen Wandel in industriellen, städtischen und ländlichen Gebieten vorwegzunehmen und zu fördern, indem deren Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität verbessert wird; Zweitens wird die Kohäsionspolitik durch Programme, die aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert werden, den Menschen helfen, wirtschaftlichen Wandel vorwegzunehmen und sich ihm anzupassen,

und zwar in Einklang mit den politischen Prioritäten der Europäischen Beschäftigungsstrategie, d.h. durch die Unterstützung von Maßnahmen, die auf Vollbeschäftigung, auf Arbeitsplatzqualität und Arbeitsproduktivität und auf soziale Eingliederung zielen.

**Europäische territoriale Zusammenarbeit** (Ziel 3 – 3,94 %): Ausgehend von den Erfahrungen der laufenden INTERREG-Initiative schlägt die Kommission vor, ein neues Ziel zu entwickeln, das zum Gegenstand hat, die harmonische und ausgewogene Integration der EU-Regionen durch die Unterstützung einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu fördern.

Unter der neuen Verordnung wird jeder Mitgliedstaat ein „nationales Referenzdokument“ erstellen, das mit der Kommission ausgehandelt wurde und das den Rahmen der Aktionsprogramme bilden wird. Jedes Aktionsprogramm muss die festzulegenden Begleit- und Bewertungssysteme angeben, einschließlich der Zusammensetzung des Begleitausschusses.

Die Strukturfonds sollen wirklich gemäß dem Prinzip der Partnerschaft arbeiten. „Partnerschaft“ wird als „zwischen der Regierung und den von ihr benannten Partnern“ definiert, einschließlich „jeder weiteren geeigneten Organisation, die die Zivilgesellschaft vertritt, umweltpolitischer Partner, NRO und Organisationen, die die Gleichstellung von Frauen und Männern fördern“.

**2. Die Verordnung zum Europäischen Sozialfonds (ESF):** Soziale Eingliederung wird als ein spezifisches Ziel des Europäischen Sozialfonds genannt. Der Fonds wird zur Förderung der Europäischen Beschäftigungsstrategie genutzt werden, einschließlich der Zielvorgaben wie Stärkung der sozialen Eingliederung und Bekämpfung von Diskriminierung. Die Verordnung konzentriert sich nach wie vor auf den Arbeitsmarkt, auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, und bezieht sich mehrfach auf Frauen und auch auf die soziale Integration von Migranten.

**3. Verordnung zum Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (EFRE):** Hauptziel dieses Fonds ist, zur Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und regionalen Zusammenhalts beizutragen. Mittel aus dem EFRE können zur Förderung der Integration grenzüberschreitender Arbeitsmärkte, lokaler Beschäftigungsinitiativen, der Chancengleichheit, Ausbildung und sozialer Eingliederung beitragen. Die Verordnung bezieht sich auch auf die urbane Dimension des EFRE, die für partizipative, integrierte

Strategien zur Bekämpfung der hohen Konzentration wirtschaftlicher, umweltpolitischer und sozialer Probleme in städtischen Ballungsgebieten genutzt werden soll.

**4. Der Kohäsionsfonds und die grenzüberschreitende Verordnung:** Der Kohäsionsfonds unterstützt die neuen Mitgliedstaaten sowie Griechenland, Portugal und Spanien. Er regelt die Verfügbarkeit der Mittel für Verkehrs- und Umweltprojekte. Es gibt keine spezifische Bestimmung für einen Begleitausschuss.

**5. Verordnung zum ländlichen Raum:** Schließlich gibt es auch noch eine Verordnung zum Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER), die die derzeitigen Reformen der Gemeinschaft in Sachen Agrarpolitik und ländliche Entwicklung widerspiegelt. Die Verordnung ist für jene EAPN-Mitglieder von Bedeutung, die es mit Armut in ländlichen Gebieten und dem Ansatz der Gemeinschaft zur Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum zu tun haben. Die Verordnung gibt klar und deutlich an, dass die Grundsätze des LEADER-Programmes im neuen Fonds fortgeführt werden müssen. Die Verordnung sieht auch die Gründung eines europäischen Netzwerks für die Entwicklung des ländlichen Raums vor. Zusätzlich wird von jedem Mitgliedstaat verlangt, ein eigenes nationales Netzwerk für die Entwicklung des ländlichen Raums einzurichten. Wie auch im Falle der allgemeinen Verordnung gibt es eine Bestimmung für einen Begleitausschuss nach den Grundsätzen der sozialen Partnerschaft.

#### Und was ist mit EQUAL?

Die Verordnungen bergen nur wenige Überraschungen. Ein erster Kommentar fällt negativ aus. Es wurden keine Vorschläge gemacht, wie mit dem Ende des EQUAL-Programms (siehe Seite 5) umzugehen ist, während die anderen Programme im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative (INTERREG, URBAN und LEADER) klar berücksichtigt wurden.

Es gibt jedoch auch viele Bereiche der neuen Verordnungen, die das EAPN begrüßen kann. Die Benennung der Zivilgesellschaft und der NRO als Partner ist ein Durchbruch. Dennoch gibt es zwei Bedenken: Erstens obliegt es

den Mitgliedstaaten, die genauen Partner zu benennen; und zweitens kann dieser Definition im Ministerrat durch Widerstand seitens der Mitgliedstaaten entgegengebracht werden. Jahrelang forderte das EAPN die Einbeziehung der NRO bei der Gestaltung, Planung, Umsetzung, Überwachung und beim Zugang zu den Strukturfonds – und all diese Punkte wurden jetzt bewilligt.

Entgegen einiger Befürchtungen, dass es keine diesbezügliche Bestimmung geben würde, sind Globalzuschüsse in der allgemeinen Verordnung und der Verordnung zum Europäischen Sozialfonds angedacht. Sie können über lokale Behörden, regionale Entwicklungsorganisationen oder NRO geleistet werden. Zwar sind sie nicht vorgeschrieben, doch besteht durchaus einige Hoffnung, dass Globalzuschüsse zur Norm werden.

#### Eine zu starke Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt?

Bedenken kamen den europäischen NRO wegen des engefassten Aufgabenbereichs des Europäischen Sozialfonds und der - nach Meinung von Gruppen wie EAPN - zu starken Ausrichtung auf den Arbeitsmarkt. Die neue Verordnung zum Europäischen Sozialfonds ist immer noch stark auf den Arbeitsmarkt konzentriert. Diesmal wurden die äußeren Beschränkungen des Arbeitsmarktes ein wenig zurückgedrängt. Der Abschnitt *Wege zur*

*Integration und Beschäftigung* listet ausgegrenzte Gruppen auf (z.B. Minderheiten, Menschen mit Behinderungen) und umfasst weitreichendere Aktionen im Bereich der Sozialwirtschaft, ‚begleitende Maßnahmen‘ und ‚geeignete soziale Hilfs- und Betreuungsdienste‘.

Schließlich haben diese Verordnungsentwürfe noch einen weiten legislativen Weg vor sich und werden sowohl vom Europäischen Parlament als auch vom Ministerrat auseinandergenommen werden, der sie aller Wahrscheinlichkeit nach massiv anfechten wird. Der Zustimmungsprozess wird sich bis weit in die Jahre 2005-2006 hinziehen. Selbst wenn eine starke soziale Dimension erhalten bleiben sollte, hängt die Qualität der Ergebnisse doch in einem erheblichen Maß davon ab, ob die nationalen NRO in der Lage sind, die Aktionen in den einzelnen Mitgliedstaaten zu beeinflussen.

*Nach einem Briefing von Brian Harvey, EAPN-Advisor, August 2004*

## FINANZIELLE PERSPEKTIVEN 2007-2013

In den finanziellen Perspektiven skizziert die Kommission ihre Vorschläge zur europäischen Finanzierung, den Budgets und Prioritäten für die Jahre 2007-2013, einschließlich der Höhe der geplanten Strukturfonds-Ausgaben.

Die Kommission hat vorgeschlagen, dass 1,24 % des europäischen Bruttovolkseinkommens für europäische Ausgaben eingesetzt werden. Dieser Prozentsatz wurde anschließend zum Hauptstreitpunkt, wobei die Höhe der Strukturfonds-Ausgaben möglicherweise der strittigste Teil der allgemeinen finanziellen Perspektive ist.

Das EAPN tritt für eine Erhöhung statt einer Verminderung der europäischen Ausgaben ein und befürwortet die Höhe von 1,24 % als absolutes Minimum. Die Europäischen Strukturfonds haben ein großes Potential, wenn es um die Verringerung und Linderung von Armut geht; ein beträchtliches Strukturfondsbudget muss also Herzstück der finanziellen Perspektive sein. Darüber hinaus sind die Verpflichtungen in der finanziellen Perspektive zu sozialpolitischen Zielvorgaben knapp und nichtssagend und haben nichts wirklich Neues zu bieten. Genauso enttäuschend ist die fehlende Verpflichtung zu einer Stärkung der Rolle der NRO.

Siehe COM(2004) 101 final:  
[http://www.europa.eu.int/comm/budget/furtherinfo/index\\_de.htm#framework](http://www.europa.eu.int/comm/budget/furtherinfo/index_de.htm#framework)

Stellungnahme des EAPN erhältlich unter [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

# Fonds am Scheideweg!

## EU-Haushalt für 2005

Im April nahm die Kommission ihren Vorschlag für den vorläufigen Haushaltsentwurf für 2005 an, der erste Haushalt, der die Ausgaben für 25 Mitgliedstaaten über das ganze Jahr abdeckt.

Der Vorschlag der Kommission sieht ein Ausgabevolumen von 109,5 Milliarden Euro vor, was 1,03 % des Bruttovolkseinkommens der EU der 25 Mitgliedstaaten entspricht. Der Gesamtbedarf für Landwirtschaft in der EU der 25 Mitgliedstaaten beträgt 50,7 Milliarden Euro (3,6 Milliarden für die neuen Mitgliedstaaten). **Die Strukturfonds sind der zweitgrößte Ausgabenbereich: Aus einem Gesamtbetrag von 42,4 Milliarden Euro werden 7,7 Milliarden Euro auf die neuen Mitgliedstaaten verteilt.**

Gemäß dem Haushaltsverfahren fand die erste Lesung im Rat im Juli statt; die erste Lesung im Parlament ist für Oktober geplant, und die zweiten Lesungen werden im November und Dezember stattfinden.

Die allgemeine Haushaltsvorlage ist auf folgender Website verfügbar:  
[http://europa.eu.int/comm/budget/furtherinfo/index\\_de.htm#budget](http://europa.eu.int/comm/budget/furtherinfo/index_de.htm#budget)

**M**it dem Bezug auf das Ziel des Lissabonner Gipfels „Europa bis 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen“ und mit dem Bezug auf die Gipfel von Nizza und Göteborg, hat die Europäische Kommission einen entscheidenden Teil des politischen Kontextes bestimmt, der den Verordnungsentwurf des Rates informiert, in welchem die allgemeinen Bestimmungen zum Europäischen Fonds für Regionalentwicklung, zum Europäischen Sozialfonds und zum Kohäsionsfonds von 2007 bis 2013 festgelegt werden. Die Erwähnung dieses „Gipfeldreiecks“ sorgt jedoch gleichzeitig für Ermutigung und Besorgnis. Ermutigung, da die Agenda von Nizza die Fonds als ein Instrument zur Bekämpfung von Armut hervorhebt; Besorgnis, da im restlichen Text der verschiedenen Verordnungen Nizza in den Verweisen auf Lissabon und Göteborg unerwähnt bleibt. Soziale Eingliederung wird unter den anderen politischen Verpflichtungen subsumiert.

Diese Auslassung wurde jüngst wiederholt, als die britische Regierung vor Akteuren die Fortschritte der Verhandlungen zu den Verordnungen darlegte. Die Errungenschaften von Lissabon und Göteborg wurden ausdrücklich anerkannt, die von Nizza jedoch gar nicht erwähnt. Auf Anfrage eines NRO-Mitglieds aus dem Publikum äußerten die Regierungsvertreter die Vermutung, dass die Agenda im Bereich der sozialen Eingliederung „als selbstverständlich zu betrachten ist“.

Die Lektion, die wir uns als EAPN merken müssen, lautet, dass hart erarbeitete Erfolge bei der Berücksichtigung der Armutproblematik in EU-Programmen zu verteidigen und ständig aufs Neue zu behaupten sind. Es ist zwar anzuerkennen, dass es in den jüngsten Überlegungen zu den jeweiligen nationalen Aktionsplänen zu einer gewissen Annäherung der Agenden im Bereich Beschäftigung und soziale Eingliederung gekommen ist, doch müssen wir aufpassen, dass dies nicht auf Kosten eines klaren Angriffs jener Bedingungen geschieht, die 68 Millionen EU-Bürger Armut aussetzen.

### Vor einer Rückführung wird gewarnt

Die große Gefahr für die Strukturfonds, die diese Herausforderung angehen können, ist die langwierige Debatte über die finanziellen Perspektiven der EU und des Haus-

halts für die Jahre 2007-2013. Unter dem Deckmantel der Vereinfachung und der Übertragung von Teilen des derzeitigen Aufgabenbereichs der Fonds an die Regierungen der Mitgliedstaaten, gibt es eine konzertierte Bemühung der „Möchtegern-Nettobeitragszahler“, die von der Kommission vorgeschlagene Höhe der Fonds zu verringern. Dies würde in Wirklichkeit zur Aufgabe der finanziellen Verpflichtung von 18 % für die Zielvorgabe regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung führen.

Die Verringerung der Strukturfonds wird diese zu einem beschränkten Linderungsmittel für die „ärmsten“ Mitgliedstaaten machen, vor allem für die zehn neuen Mitgliedstaaten. Eine solche minimalistische Position reduziert die Fonds auf eine Nebenrolle und „ghettoisiert“ die Empfängerstaaten. Diese Vereinbarung leugnet die Rolle der EU

beim Engagement gegen Armut inmitten aller Mitgliedstaaten und übergeht somit ein zentrales Argument des dritten Kohäsionsberichtes, der die Bedeutung der Fonds stützt, indem er die entscheidende Aufgabe des Europäischen Sozialmodells beim Kampf gegen Ungleichheit hervorhebt.

Statt dass die Strukturfonds weiterhin ein Teil des „sozialen Klebstoffs“ sind, der die EU der 25 Mitgliedstaaten

zusammenhält, wird eine Rückführung der Fonds zu einem zweistufigen Modell führen und zu einer geschwächten EU im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung, die in Teilen des modernen Staates vorherrschen. Als NRO müssen wir uns vehement für Mittel einsetzen, die der Aufgabe angemessen sind, und auch für integrative Strukturfondsprogramme, die eine gemeinsame Verpflichtung zum Handeln aller 25 EU-Mitgliedstaaten beinhalten.

### Partnerschaft

Der bedeutende Fortschritt in den aktuellen Entwürfen gegenüber früheren Verordnungen, d.h. die Anerkennung der NRO als Akteure neben den Sozialpartnern, wird begrüßt. Angesichts einer skeptischen öffentlichen Meinung liefern uns die Fonds ein wichtiges Beispiel für eine funktionierende EU. Maßnahmen der NRO werden dazu beitragen, dass diese Botschaft allgemein bekannt wird. In den kommenden Monaten müssen wir sicherstellen, dass der Konsultationsprozess offen und verständlich ist.

Über das Entwurfsstadium hinaus müssen die NRO darauf drängen, Möglichkeiten für technische Unterstützung, zur

Es gibt eine konzertierte Bemühung der „Möchtegern-Nettobeitragszahler“, die die Höhe der Fonds zu verringern

Kompetenzerweiterung und für Globalzuschüsse zu nutzen, die dazu beitragen werden, die Gestalt künftiger Programme unter den Strukturfonds zu bestimmen. Wir müssen sicherstellen, dass jede Berücksichtigung der Gemeinschaftsinitiativen die Zielvorgaben, die Innovation und den transnationalen Aspekt der von den NRO unterstützten Projekten wirklich anerkennt.

Der Spielraum für Partnerschaft unter der Agenda 2007 ist entmutigend. Während wir uns vielleicht darauf freuen, an neuen Konferenztischen zu sitzen, um künftige Programme zu gestalten und ins Leben zu rufen, müssen wir auch aus früheren Erfahrungen lernen, bei denen Partnerschaft oft hieß, dass NRO eingebracht wurden: um die Teilnehmerzahl zu vervollständigen, um pro forma die lokale Teilhabe zu begrüßen und um beim ersten Hinweis auf Mittelkürzungen fallen gelassen zu werden.

Von den politischen Entscheidungsprozessen der EU geht jedoch eine entschiedene Stimmungsänderung aus. Im November 2003 war im Bericht „Jobs, Jobs, Jobs – Mehr Beschäftigung in Europa schaffen“ der Task Force „Beschäftigung“ unter dem Vorsitz von Wim Kok Folgendes zu lesen: „Um wirksam zu werden, müssen die Nationalen Aktionspläne politisch legitimiert sein; der Ansatz mehrerer Mitgliedstaaten, ihre Parlamente in die Vorbereitung der Nationalen Aktionspläne einzubeziehen und die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft anzuhören, könnte in der gesamten EU zur Norm werden.“

In diesem Sinne gibt es bei den vorgeschlagenen Änderungen zu den Strukturfonds durchaus positive Möglichkeiten. Wir müssen sie nur nutzen!

Ray Phillips

Koordinator der EAPN Task Force Strukturfonds

## NRO halten Ende von EQUAL für bedenklich

**D**ie EQUAL-Gemeinschaftsinitiative wird es nach 2006 nicht mehr geben, genau wie URBAN, INTEREG und LEADER. Durch den fehlenden politischen Willen, die Initiative zu unterstützen, steht die Europäische Beschäftigungsstrategie – zum ersten Mal seit zehn Jahren – ohne eine Gemeinschaftsinitiative mit einem klaren Schwerpunkt auf Beschäftigung da. Das angekündigte PROGRESS-Programm ist keine Fortsetzung von EQUAL sondern eine Verbindung bestehender Gemeinschaftsprogramme.

EQUAL förderte neue Wege zur Bekämpfung jeglicher Form von Ausgrenzung, Diskriminierung und Ungleichheit im Zusammenhang mit dem Arbeitsmarkt, und zwar auf partnerschaftlicher Grundlage und im Bemühen um Innovation, um die Einbeziehung der Betroffenen und gebündelte transnationale Zusammenarbeit. „Networking“ und „Mainstreaming“ sind ebenfalls Hauptziele der Initiative. Das EAPN hat über seine nationalen und europäischen Mitglieder die erreichten Fortschritte genau verfolgt und Verbesserungen kommentiert.

Der im März 2004 veröffentlichte EU-weite Halbzeit-Bewertungsbericht räumt ein, dass „dem Mainstreaming bedeutende (...) Hindernisse im Weg stehen, vor allem – aber nicht ausschließlich – aufgrund einer unzurei-

chenden Kommunikation zwischen dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und den NAP-Teams auf der nationalen Ebene, auf der der größte Teil des Mainstreaming stattfinden könnte“, und empfiehlt, „das allgemeine Verständnis der EQUAL-Grundsätze zu stärken, insbesondere Empowerment (...), Innovation (...) und Mainstreaming“.

Trotz des hohen Verwaltungsaufwandes für die NRO hat EQUAL doch im Großen und Ganzen die Kompetenzen der NRO verbessert, vor allem bei der Arbeit innerhalb diverser Partnerschaften auf nationaler und europäischer Ebene, beim Aufbau von Netzwerken und wenn es darum ging, politische Entscheidungen durch eine „gemeinsame Stimme“ zu beeinflussen. Aus diesen Gründen halten die NRO es für überaus bedenklich, dass die Initiative 2006 ausläuft. Eine der wichtigsten Fragen ist die Budget-Neuverteilung der EQUAL-Mittel nach 2006. EQUAL verfügt über ein Gesamtbudget von 3,026 Millionen Euro (finanziert aus dem Europäischen Sozialfonds). Wo werden die entsprechenden Mittel verteilt werden, und wie werden sie im Zeitraum 2007-2013 eingesetzt werden?

Maria Marinakou

EAPN-Präsidentin – Mitglied der EAPN Task Force Strukturfonds

## JÜNGSTE VERÖFFENTLICHUNGEN DES EAPN

■ Positionspapier *Review of the financial perspective 2007-2013 and its implications for European action against poverty* [Beurteilung der finanziellen Perspektive 2007-2013 und deren Auswirkungen auf die europäischen Maßnahmen gegen Armut]

■ Positionspapier zum *Dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt* [Third Report on economic and social cohesion]

■ Positionspapier zur *Halbzeitbewertung der Strukturfonds* [Mid-term Review of the Structural Funds]

■ *Nachrichten aus dem Netz* – Nr. 99 – März/April 2003

Sämtliche Veröffentlichungen verfügbar auf der EAPN-Website unter [www.eapn.org](http://www.eapn.org)

## NÜTZLICHE LINKS

■ Vorschläge zu den neuen Strukturfondsverordnungen 2007-2013:

[http://europa.eu.int/comm/regional\\_policy/sources/docoffic/official/regulation/newregl0713\\_de.htm](http://europa.eu.int/comm/regional_policy/sources/docoffic/official/regulation/newregl0713_de.htm)

■ Regionalpolitik – Inforegio:

[http://www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/index_de.htm)

■ Die Strukturfonds:

[http://www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/funds/prord/sf\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/funds/prord/sf_de.htm)

■ Die Zukunft der Kohäsionspolitik – Diskutieren Sie mit!

[http://www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/debate/forum\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/debate/forum_de.htm)

■ Informationen zu den europäischen Regionen und den regionalen Entwicklungsprogrammen:

[http://www.europa.eu.int/comm/regional\\_policy/country/gateway/index\\_de.cfm](http://www.europa.eu.int/comm/regional_policy/country/gateway/index_de.cfm)

■ Generaldirektion Regionalpolitik der Kommission:

[http://www.europa.eu.int/comm/dgs/regional\\_policy/index\\_de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/dgs/regional_policy/index_de.htm)

■ Europäischer Sozialfonds 2000-2006:

[http://www.europa.eu.int/comm/employment\\_social/esf2000/index-de.htm](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000/index-de.htm)

■ EQUAL-Gemeinschaftsinitiative:

[http://www.europa.eu.int/comm/employment\\_social/equal/index\\_de.html](http://www.europa.eu.int/comm/employment_social/equal/index_de.html)

In Warschau findet am 26. und 27. November 2004 eine 'Dissemination-Konferenz' zu den Ergebnissen von EQUAL statt.

Weitere Informationen unter: [http://europa.eu.int/comm/employment\\_social/equal/index\\_de.html](http://europa.eu.int/comm/employment_social/equal/index_de.html) (Events)

## „Bei uns heißt es ‚learning by doing‘, aber wir fühlen uns bereit“



Mária Nádaždyová, Sozialattaché



László Flórián, Verantwortlicher für regionale Angelegenheiten

Interview mit Mária Nádaždyová, Sozialattaché, und László Flórián, Verantwortlicher für regionale Angelegenheiten, ständige Vertretung der Slowakei.

### Wie werden heutzutage die Strukturfonds (SF) ganz allgemein in der Slowakei wahrgenommen?

LF: Zur Zeit laufen vier Aktionsprogramme in der Slowakei, die grundlegende Infrastrukturen, Humanressourcen, Industrie und Dienstleistungen (kleine und mittelgroße Unternehmen), landwirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung des ländlichen Raums abdecken. Die meisten Regionen (8) sind betroffen. Während die Region Bratislava für Ziel 1 nicht in Frage kommt, beträgt das Bruttoinlandsprodukt der beiden östlichsten Regionen 36 % des EU-Durchschnitts (für die gesamte Slowakei: 45-47 %). Allgemein ist man in der Slowakei der Ansicht, dass die wichtigsten Verbesserungen im Bereich grundlegende Infrastrukturen, wie etwa Verkehr, aber auch im Bereich Umwelt oder Bildung erfolgen sollten.

### Wie steht die Slowakei zu den gegenwärtigen Verhandlungen über die finanziellen Perspektiven und neuen Strukturfonds-Verordnungen?

LF: Die Slowakei unterstützt gegenwärtig die von der Kommission gemachten Vorschläge ganz allgemein, und zwar was die Höhe der Mittel für die Kohäsionspolitik betrifft als auch die neuen Verordnungen. Die niederländische Präsidentschaft hofft, dass die vorläufigen Verhandlungen Ende des Jahres abgeschlossen sein werden, was ein schönes - wenn auch recht ehrgeiziges - Ziel ist, vor allem angesichts der vielen abweichenden Standpunkte.

MN: Die Slowakei unterstützt den geäußerten Wunsch nach einer strategischeren Verwaltung und vereinfachten Regelungen. Einige Verordnungsentwürfe verwirklichen diese Ziele allerdings selbst nicht immer. So sind sie allgemein bedeutend länger, und enthalten, wie etwa der Verordnungsentwurf zum Europäischen Sozialfonds, detaillierte Regelungen zum Umfang der Unterstützung.

### Wie hat Ihr Land den Übergang von den Fonds im Vorfeld des Beitritts zu den Strukturfonds erlebt?

MN: Die Höhe der Mittel und die Unterschiede bei der Methodik sind beträchtlich. Besonders der Europäische Sozialfonds war ein wesentliches Sprungbrett bei der Einführung der Strukturfonds in unserem Land.

LF: Bei uns heißt es „learning by doing“, aber wir fühlen uns, was die administrative Seite anbelangt, bereit. Die Regionen, die erst vor zweieinhalb Jahren geschaffen wurden, bauen gegenwärtig ihre Verwaltungskapazität auf, sind jetzt an der Umsetzung von

EU-Programmen beteiligt und nehmen an Begleitausschüssen teil.

### Welche Partnerschaften wurden mit den NRO entwickelt?

LF: In der Slowakei gibt es Tausende von NRO. Es ist manchmal nicht leicht herauszufinden, mit wem man Kontakte knüpfen soll. Was wir brauchen sind repräsentative und aktive Sammel-NRO. Was die NRO anbelangt, verfolgt die Regierung einen strategischen Ansatz. Da die meisten von ihnen jedoch auch mit der Erbringung von Dienstleistungen beschäftigt sind, kommen sie häufig mit Problemen und Forderungen, die zu spezifisch sind. Ihr Interesse an der Entwicklung von Partnerschaften ist zwar groß, doch sind ihre Möglichkeiten manchmal beschränkt.

### Werden die Strukturfonds dazu beitragen, sowohl den wirtschaftlichen als auch den sozialen Zusammenhalt zu erreichen?

MN: Unsere Hauptpriorität ist das Schaffen von Arbeitsplätzen, und das spiegelt sich auch in unserem NAP/Eingliederung wider. Der gesamte Europäische Sozialfonds sollte sich stärker auf die Langzeitarbeitslosigkeit und die Integration grenzüberschreitender Arbeitsmärkte konzentrieren. Investitionen in lebenslanges Lernen, Bildung, Forschung und Entwicklung sind der wesentliche Faktor, wenn die Ziele von Lissabon erreicht werden sollen. Wir glauben auch, dass in einem Land, dessen Gebiet zu 80 % ländlich ist, dem Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums eine strategische Bedeutung beikommt: Wir begrüßen die Schwerpunktverlagerung von der Unterstützung der Landwirtschaft hin zur Entwicklung des ländlichen Raums, was zu einer Erhöhung der Lebensqualität in diesen Gebieten führt.

### Wie wird die Problematik im Zusammenhang mit der Roma-Bevölkerung im Rahmen der europäischen Integration aufgenommen?

MN: Die Roma stellen die Bevölkerungsgruppe dar, die in unserem Land am stärksten von Armut und Ausgrenzung bedroht ist. Dieser Tatsache wird im NAP/Eingliederung deutlich Rechnung getragen. Unsere dringendsten Probleme sind Bildung, Beschäftigung und Wohnraum sowie die Förderung der Mobilität und die Verbesserung der Lebensbedingungen. Wir möchten Risiken verringern, erwarten aber nicht, alles „lösen“ zu können.

LF: Die Problematik im Zusammenhang mit der Roma-Bevölkerung wurde in alle Aktionsprogramme aufgenommen, aber selbst mit den Strukturfonds können wir nur die Möglichkeit zur Verbesserung ihrer Situation erschließen. Ich bin ein wenig pessimistisch. Es ist sehr schwierig, eine Lösung zu finden, auch, weil es sich hier nicht nur um ein slowakisches Problem handelt. Wir streben auch nach Initiativen, die von ihrer Seite ausgehen.

Interview: PB. – V.F.

## Hat das portugiesische Sozialmodell eine Zukunft?

Die Diskussion über die neuen Grenzen des portugiesischen Sozialmodells ist dieser Tage eines der wichtigsten Themen des Landes.

**T**atsächlich kann man in der gesamten EU – und Portugal ist in dieser Hinsicht ein bezeichnendes Beispiel – einen beherrschenden Diskurs ausfindig machen, der angibt, dass Wirtschaftspolitik der Sozialpolitik vorangeht und diese bestimmt. Der Schritt hin zur Privatisierung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen und der Rückzug der gemeinsamen und öffentlichen Verantwortung aus wesentlichen Gebieten der Sozialpolitik, wie etwa Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und soziale Sicherung, sind Warnzeichen, was die Gleichheit und den Zugang zu Grundrechten anbelangt.

Die Idee von einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Beschäftigungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, verbunden mit dem Bewusstsein, dass es sich bei Sozialschutz um einen produktiven Faktor und einen Motor für Entwicklung handelt, ist nun ernsthaftem Druck ausgesetzt.

### Ein Schritt hin zur Privatisierung

Die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte sind von einer Rückkehr zu einem „Mitleids“- bzw. Wohltätigkeitsansatz in der Politik bedroht, der die vorwiegende Haltung gegenüber sozialen Erwartungen und Rechten bestimmt.

Kürzungen der Sozialleistungen (einschließlich Kranken- und Arbeitslosengeld), ein fehlender politischer Wille beim Kampf gegen Armut und Ausgrenzung (die beim Mindesteinkommen eingebrachten Änderungen sind hier ein hervorragendes Beispiel) und das Fehlen spezifischer Maßnahmen, um einer steigenden Arbeitslosigkeit (fast eine halbe Million Menschen) zu begegnen sind verschiedene Seiten ein und derselben Realität, nämlich: Der Richtungsänderung hin zu einem stark liberalen Ansatz in Sachen Sozialmodell.

Wir haben es jetzt mit einem bedeutenden Schritt zu tun, der politisch orientiert und ideologisch geprägt ist, und bei dem die öffentliche Verantwortung als Grund- und Minimumsicherheitsnetz erscheint, wobei der Markt zur Hauptantriebskraft wird. Unter den heiligen Grundsätzen des freien Wettbewerbs und des Freiverkehrs sehen wir einen verschärften Schritt hin zur Privatisierung der Sozialschutzsysteme.

Zusammen mit neuen und sehr großen Herausforderungen, zu denen ganz klar die Themen Migration, Kinderarmut und Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern gehören, bezeugt diese Situation voll und ganz die dringende Notwendigkeit, Wege zu diskutieren, diese negativen Rahmenbedingungen zu beseitigen und die Rolle der Zivilgesellschaft in diesem Prozess festzulegen.

### Die öffentliche Verantwortung erscheint als Grund- und Minimumsicherheitsnetz

kann jedoch nicht in der Beschränkung von Rechten bzw. einem beschränkten Zugang zum Sozialschutz liegen. Ganz im Gegenteil: Durch die Entwicklung eines starken und verlässlichen Schutzsystems wird Portugal in der Lage sein, den Hindernissen, die sich aus diesem negativen Umfeld ergeben, zu begegnen und sie zu überwinden.

Bei der Annahme von verschiedenen Lösungen und Modellen in der EU müssen wir uns aber gleichzeitig sicher sein, dass dies etwas ist, dem wir uns gemeinsam stellen müssen. Bei der Förderung der Eingliederung europäische Strategien durch nationale Strategien zu verstärken, ist vielleicht der effektivste Weg, Armut und Ungleichheit zu bekämpfen, die sich in Portugal zu einem immer dringlicheren Problem entwickeln. Die kombinierten Kräfte von mobilisierten Bürgern, europäübergreifend und innerhalb der einzelnen Nationen, ist einer der wichtigsten Motoren für Änderungen.

*Edmundo Martinho  
Portugiesisches Mitglied der EAPN-Prüfungsgruppe  
zur sozialen Eingliederung*

## EAPN PORTUGAL

Das portugiesische Netzwerk gegen Armut besteht aus Gruppen und Einzelpersonen, deren Hauptanliegen der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung ist. Das EAPN Portugal wurde als NRO gegründet und wird seit 1995 vom Institut für portugiesische Zusammenarbeit als Entwicklungs-NRO anerkannt. Die Hauptziele des portugiesischen Netzwerks entsprechen im Wesentlichen denen des EAPN.

### Wesentliche Handlungsbereiche

- **Informationen:** Das EAPN Portugal setzt sich für Networking und soziale Partnerschaft ein. Der Austausch und die Verbreitung von Informationen sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit.
- **Fortbildung:** Das EAPN-Portugal ist vom Institut für Innovation und Bildungswesen (INOFOR) als Fortbildungsorgan anerkannt.
- **Projekte und Forschung:** Das EAPN Portugal ist für die Gestaltung, die Entwicklung und Bewertung verschiedener nationaler und transnationaler Projekte verantwortlich (über 30 Projekte seit 1993).

### Regionale Netzwerke

Seit 1994 hat das EAPN Portugal durch die Schaffung regionaler Netzwerke einen Dezentralisierungsprozess in Gang gesetzt. Zwölf regionale Entwicklungszentren bekämpfen Armut auf lokaler und regionaler Ebene: Aveiro, Beja, Braga, Castelo Branco, Coimbra, Évora, Faro, Guarda, LISABON, Porto, Santarém und Setúbal.

EAPN Portugal  
Rua de Costa Cabral, 2368,  
P- 4200-218 Porto – Portugal  
Tel.: +351.22.5420800  
Fax: +351.22.5403250  
E-Mail: geral@reapn.org  
Website: www.reapn.org

# „Der Menschenwürde wieder ihre volle Bedeutung beimessen“

Interview mit Jardim Moreira, Präsident EAPN Portugal.

## Welche Hauptthemen in Zusammenhang mit Armut und sozialer Ausgrenzung in Portugal bereiten Ihnen persönlich die meisten Sorgen?

*Ich persönlich denke, dass der neoliberale Kapitalismus die Bedeutung der Menschen, der Menschenwürde und der Menschenrechte herabsetzt. Um Portugals Wirtschaft ist es momentan schlecht bestellt. Genau wie das restliche Europa erleben wir gerade eine Wirtschaftskrise, die durch die Schwierigkeiten bei der Erfüllung der EU-Konvergenzkriterien noch verstärkt wird.*

*Portugal hat in den letzten Jahren die Abwanderung vieler Unternehmen nach Osteuropa oder Asien erlebt, was zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führte. Momentan haben wir fast 500 000 Menschen ohne Arbeit.*

*Außerdem haben wir eine alternde Bevölkerung, die stetig anwächst, mit all den sich daraus ergebenden Problemen, auch für den Sozialschutz, das Gesundheitswesen usw. Dann haben wir es noch mit der Abwanderung aus den inneren Regionen zu tun, die zum Teil auf einen veralteten und unrentablen Agrarsektor zurückzuführen ist. Außerdem gibt es eine bedeutende Krise in den Familien: Die klassische Kernfamilie wird von neuen Familienstrukturen abgelöst, vor allem von einer wachsenden Anzahl allein erziehender Eltern und Singles. Auch ist der Bildungsstand sehr niedrig, und wir haben immer noch eine der höchsten Schulabrecherquoten in Europa (fast 40 % aller portugiesischen Schüler).*

*Gleichzeitig haben sich soziale Ungleichheiten in Portugal verschärft. Die Kluft zwischen Arm und Reich hat sich vergrößert (in den letzten beiden Jahren gab es bei den Millionären einen Zuwachs von 4,4 %, während fast 22 % der Bevölkerung von Armut betroffen sind).*

*olgende Fragen müssen wir uns stellen: Was für eine Zukunft möchten wir? Wo ist das Europa der Menschen? Ich denke, dass wir einem Strukturproblem gegenüberstehen, das dringend angegangen werden muss.*

## Welche ist Ihrer Meinung nach die nationale Hauptpriorität im Kampf gegen diese Probleme?

*Zunächst muss man die wahre soziale Situation, in der wir uns befinden, erkennen (und eingestehen), genau wie ihre Ungleichgewichte. Außerdem muss die Menschenwürde des Einzelnen wieder betont*

*werden, ihr muss wieder ihre volle Bedeutung beimessen werden. Es gilt, Menschenrechte in Theorie und Praxis zu unterstreichen und zu wahren. Als Nächstes muss die Zivilgesellschaft aufgerüttelt werden, damit sie ihre Rolle beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft in Portugal übernimmt.*

*Genauso wichtig ist jedoch auch, Armut und soziale Ausgrenzung auf die nationale politische Agenda zu bringen, und zwar durch Einbeziehung der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und durch die Ausübung einer aktiven Rolle bei der Bekämpfung ihrer schwerwiegenden Probleme. Ausschlaggebend ist hier, die Regierung dazu zu bringen, die Umsetzung des nationalen Aktionsplans zur sozialen Eingliederung (NAP/Eingliederung) auf breiter Ebene als Priorität zu betrachten.*

## In Portugal gibt es das EAPN jetzt seit 13 Jahren. Wie sehen Sie - ausgehend von bereits erzielten Erfolgen - die Rolle des EAPN, und welchen wesentlichen Herausforderungen hat es sich in den kommenden Jahren zu stellen?

*Dreizehn Jahre EAPN-Arbeit in Portugal lassen mich glauben, dass es einen großen Ideenkonflikt zwischen den sozialen Zielrichtungen des EAPN und der nationalen Politik in Sachen Armut und sozialer Ausgrenzung gibt. Die Ziele des EAPN sollten sich daher mehr auf konzentrierte Aktionen seitens der NRO richten, die Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen; Networking und größere Einigkeit sind zu fördern, damit dazu beigetragen werden kann, nationale Politik zu gestalten und zu ändern.*



Interview: Sergio Aires

Menschen haben das  
Recht auf  
Einflussnahme und  
Teilhabe an den  
Entscheidungen, die  
sie betreffen

Nr108  
Sept. - Okt. 2004

Erscheint in Deutsch,  
Englisch, Französisch,  
Italienisch und Spanisch

Herausgeber  
F. Farrell

Redaktion  
V. Forest

Rue du Congrès 37-41 bte2  
B-1000 Brüssel  
tel. 32 2 230 44 55  
fax 32 2 230 97 33

E-mail: [team@eapn.skynet.be](mailto:team@eapn.skynet.be)  
Internet: <http://www.eapn.org>

In Zusammenarbeit mit  
P. Brandellero  
C. Champeix  
C. Nolmans  
C. Fonseca

Bureau de dépôt  
1600 Sint Pieters Leeuw 1



Mit der Unterstützung  
der Europäischen Kommission

Surfen Sie zu uns unter **WWW.eapn.org**